

Die ökologischen Krisen, allen voran die Klima- und Biodiversitätskrise, werden immer mehr zur unmittelbaren Lebensrealität aller Menschen. Auch für den wohlhabenderen Teil im sogenannten Globalen Norden. Ganz zu schweigen von den Milliarden Menschen, die bereits seit Jahren und Jahrzehnten tagtäglich mit den Folgen der Erderwärmung, des Meeresspiegelanstiegs und der Zunahme extremer Wetterereignisse zu kämpfen haben.

Dies ist vor allem eine Folge des kumulativen Wirtschaftswachstums der letzten Jahrhunderte und unseres linearen und profitorientierten Wirtschaftssystems, das nach wie vor auf ein stetiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgerichtet ist. Der Kapitalismus selbst ist ein System, das auf der Logik des Wachstums beruht und von diesem abhängig ist: Gewinne werden erwirtschaftet und dann investiert, um in Zukunft noch größere Gewinne zu erzielen. Doch das BIP ist nur ein oberflächlicher Indikator für die großen, ebenso stetig wachsenden Stoffströme unserer Gesellschaft. Denn Wirtschaftswachstum bedeutet bisher immer auch Wachstum des Material- und Energieverbrauchs. Und damit mehr Belastungen für Mensch und Natur. Das Wachstum der Stoff- und Energieströme müsste also vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden, um es von seinen negativen Folgen für Natur und Klima zu lösen, und zwar sehr bald. In einzelnen Ländern gibt es zwar Anzeichen für eine begrenzte Entkopplung. Es gibt jedoch keine empirische Evidenz dafür, dass dies in dem Umfang und mit der Geschwindigkeit geschieht, die für einen dauerhaften, nachhaltigen und ausreichenden Kurswechsel notwendig wären - weder auf nationaler noch auf globaler Ebene (Parrique et al, 2019).

Wir müssen also Alternativen zu einer wachstumsorientierten Wirtschaft schaffen. Damit beschäftigt sich die Postwachstums- und Degrowth-Bewegung, zu der auch Degrowth Vienna gehört. Doch bisher sind moderne Gesellschaften nur durch stetiges Wirtschaftswachstum in der Lage, ihre grundlegende Funktionsweise, sowie ihre eigenen Strukturen zu erhalten. Unsere staatlichen Versorgungsstrukturen wie die öffentliche Infrastruktur (Wasser- und Abwassernetze, Straßen-, Schienen-, Strom- und Telekommunikationsnetze), die Gesundheitsversorgung oder das Bildungssystem sind unter den gegenwärtigen Bedingungen auf ein stetiges Wirtschaftswachstum angewiesen, um aufrechterhalten werden zu können. Und ohne weiteres Wirtschaftswachstum sind unsere heutigen Renten-, Sozial- und Gesundheitssysteme bisher nicht finanzierbar. Durch diese Institutionen werden aber die vielfältigen sozialen Folgen des Kapitalismus ausgeglichen oder zumindest stark abgemildert. Ohne sie würde die soziale Ungleichheit zunehmen - und damit auch die politische Instabilität (Schmelzer/Vetter 2021). Gleichzeitig reagiert die Wirtschaftspolitik auf eine Rezession in der Regel mit Sparmaßnahmen, welche insbesondere den sozialen Bereich betreffen. Und wenn es heute um unsere öffentlichen Güter geht, wie z.B. die oben erwähnte Infrastruktur, dann führen die politischen Ziele Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstums zu immer mehr marktkonformen Anpassungen, was meist zunehmende Privatisierung und ebenfalls Einsparungen bedeutet. Dies führt aber abseits rein wirtschaftlicher Indikatoren nicht zu den besten Ergebnissen, zumindest nicht für den Großteil der Menschen. Beispielsweise geben die USA, die ein überwiegend marktwirtschaftliches System haben, wesentlich mehr Geld für die Gesundheitsversorgung aus als die meisten EU-Länder und haben dennoch eine niedrigere durchschnittliche Lebenserwartung (Coote/Percy 2020). Das Versagen von Märkten und Marktmechanismen führt demnach zu einer zunehmenden Kommodifizierung öffentlicher Güter, d.h. zu einer Schaffung und Ausweitung von Märkten, in denen vormals öffentliche und damit gemeinsam genutzte, nicht handelbare Güter privatisiert und am Markt gehandelt werden. Unsere Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssysteme, unsere öffentliche Infrastruktur und unsere Altersvorsorge werden also nicht nur durch anhaltendes Wirtschaftswachstum gesichert, sondern auch durch das Ziel eines höheren Wirtschaftswachstums zunehmend bedroht und untergraben (Coote 2021; Gough 2019). Um erfolgreiche Alternativen zu unserem auf Wachstum und Profit basierenden Wirtschaftssystem zu schaffen, müssen wir daher auch

unsere Daseinsvorsorge, unsere öffentlichen Institutionen und Infrastrukturen anpassen. Eine Möglichkeit ist die Schaffung einer universellen Grundversorgung für alle Menschen. Derzeit gibt es vor allem zwei populäre Vorschläge, die eine Grundversorgung für alle Menschen zum Ziel haben: Das Universal Basic Income (UBI), im Deutschen oft als Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) übersetzt, und die Universal Basic Services (UBS), hier in Anlehnung an ersteres als Bedingungslose Grundversorgung (BGV) übersetzt.

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist das bekanntere Konzept. Es löst jedoch nicht die Probleme der zunehmenden Kommodifizierung öffentlicher Güter und des Versagens der Marktmechanismen unsere Lebensgrundlagen sozial-, umwelt- und klimaverträglich zu sichern, sondern macht uns im Gegenteil potentiell noch abhängiger von privaten Anbieter*innen und Produzent*innen sowie vom freien Markt. Außerdem würde ein Großteil des Geldes, das wir allen Menschen geben würden – so wie die Wirtschaft heute strukturiert ist –, nur nach oben fließen, zu einer reichen und wohlhabenden Elite, so wie es heute schon der Fall ist. Die Bedingungslose Grundversorgung hingegen ist ein Konzept, das allen Bürger*innen oder Bewohner*innen einer Gemeinschaft, Region oder eines Landes garantierten Zugang zu einer Auswahl grundlegender öffentlicher Dienstleistungen bietet, die bei Inanspruchnahme entweder kostenlos oder zumindest leistbar sind. Einfacher ausgedrückt: Alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Besitz oder davon, ob sie arbeiten oder nicht, bekommen Zugang zu grundlegenden Dingen wie Mobilität, Strom, Wärme, Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Nahrung. Das bedeutet nicht, dass alle diese Bereiche kostenlos zur Verfügung gestellt werden, aber dass alle Menschen das bekommen, was sie brauchen, und nicht nur das, was sie sich leisten können. Dabei geht es nicht nur um das Nötigste zum Überleben, sondern auch um das, was zur Teilhabe und Entfaltung in einer Gesellschaft notwendig ist (Coote 2021). Das Konzept basiert auf zwei Grundprinzipien: gemeinsame Bedürfnisse, die von allen Menschen geteilt werden, und eine kollektive Verantwortung für die Befriedigung dieser Bedürfnisse. Grundlage ist die Theorie der menschlichen Bedürfnisse, die davon ausgeht, dass alle Menschen überall auf der Welt und zu jeder Zeit, in der Gegenwart und in der Zukunft, bestimmte Grundbedürfnisse nach gesellschaftlicher Teilhabe, Gesundheit und Selbstbestimmung haben. Die Universalität dieser Bedürfnisse beruht auf der Überzeugung, dass ihre Nichtbefriedigung zu schweren und objektiven Schäden führt (Coote 2021; Gough 2019).

Die Verbindung zwischen Postwachstum/ Degrowth und dem Konzept einer Bedingungslosen Grundversorgung wird in der neueren Degrowth-Literatur zwar gelegentlich erwähnt, aber nur stichwortartig und nicht genauer ausbuchstabiert (siehe beispielsweise: Hickel 2022, S. 231; D'Alisa et al, S. 83). Degrowth Vienna arbeitet seit 2022 daran, diesen Zusammenhang als Grundlage für eine bedürfnisorientierte statt profitorientierte und wachstumsorientierte Wirtschaft genauer auszuformulieren. Wir möchten unsere Ideen, Ergebnisse und Vorschläge für eine bedürfnisorientierte, wachstumsunabhängige Grundversorgung in Form eines Policy Proposal beim Momentum Kongress vorstellen.

- Coote, Anna (2021): Universal Basic Services and Sustainable Consumption. In: Sustainability: Science, Practice and Policy 17(1), S.32–46.
- Coote, Anna; Percy, Andrew (2020): The case for universal basic services. Polity.
- D'Alisa, Giacomo; Demaria, Federico; Kallis, Giorgos; Paulson, Susan (2022): Gegen Wachstum! Degrowth: Argumente & Strategien. Mandelbaum.
- Gough, Ian (2019): Universal Basic Services: A Theoretical and Moral Framework. In: The Political Quarterly 90 (3), S.534–542.
- Hickel, Jason (2022): Less Is More: How Degrowth Will Save the World. Penguin Books.
- Parrique, Timothée; Barth, Jonathan; Briens, François; Kerschner, Christian; Kraus-Polk, Alejo; Kuokkanen, Anna; Spangenberg, Joachim H. (2019): Decoupling debunked: Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. European Environmental Bureau.
- Schmelzer, Matthias; Andrea, Vetter (2021): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Junius.